

175 Jahre LVB – nötig wie eh und je! Festansprache vom 26. August 2021

von Roger von Wartburg

Geschätzte Damen und Herren

Beeindruckendes Alter

Zu meinen Unterrichtsfächern gehört, neben Deutsch und Englisch, auch Geschichte, und die Behandlung eines 175-jährigen Vereinslebens in einer Festansprache muss fast schon zwingend historische Züge aufweisen. In meinem Geschichtsunterricht ist mir Orientierungswissen wichtig. Um historische Ereignisse besser einordnen zu können, empfiehlt sich das Bewusstmachen anderer Vorgänge, die sich ebenfalls in besagtem Zeitraum oder kurz davor beziehungsweise danach zugetragen haben.

Wenn wir also heute – pandemiebedingt mit einem knappen Jahr Verspätung – das 175-jährige Bestehen des LVB feiern, so müssen wir uns klarmachen, dass diese Vereinsgründung tatsächlich schon 16 Jahre vor dem Ausbruch des Amerikanischen Bürgerkriegs vorstättenging; und sogar 26 Jahre vor der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches. Selbst der bis dato letzte Krieg auf Schweizer Boden, der Sonderbundkrieg, entbrannte erst zwei Jahre nach der Gründung des LVB.

Spurensuche

Wobei: Die allerfrühesten Spuren von Vorläufern des LVB reichen sogar noch weiter zurück. Bereits im Jahr nach der Trennung der beiden Basel, also 1833, hatten sich 30 Baselbieter Lehrer in Liestal zu einer sogenannten «Kantonallehrer-Conferenz» getroffen mit den Zielsetzungen der Fortbildung in den pädagogischen Wissenschaften und der Wahrung der Unabhängigkeit des Lehrerstandes. Diese Konferenz jedoch löste sich 1835 wieder auf und wurde ersetzt durch den «Neuen Lehrerverein der Basel-Landschaft», welcher die Vision

eines Schweizerischen Lehrervereins verfolgte.

Schon Ende 1835 verstaatlichte der neugewählte Schulinspektor die freiwilligen Weiterbildungskonferenzen des Lehrervereins und erklärte sie für obligatorisch, was dem freiheitlich gesinnten Lehrerverein widerstrebte. In den folgenden Jahren wurde die Schaffung einer Schulsynode diskutiert, aber der Erziehungsrat, der Vorläufer des heutigen Bildungsrats, stellte die Pläne immer wieder zurück. Zu Beginn der 1840er Jahre war die Stimmung innerhalb der Baselbieter Lehrerschaft pessimistisch. Ein Pädagoge hielt fest: «Die Lehrer leben für sich; man kannte sich nicht einmal im Bezirke, viel weniger im Kanton umher. Es herrscht ein trauriger Zustand.»

Aufbruch

Dann ging es schliesslich vorwärts: Nach intensiven Vorarbeiten gründeten am 5. November 1845 rund 60 Lehrer im Gasthaus «Zum Rössli» in Lausen den Lehrerverein Basel-Land (LVB). Deshalb hatten wir den ursprünglichen Termin für unseren Festakt auf den 5. November 2020 angesetzt, was jedoch durch Corona verunmöglicht wurde.

Drei statutarische Ziele setzte sich der frisch gegründete LVB:

1. die Fortbildung des Lehrerstandes,
2. die Förderung des Schulwesens in Zusammenarbeit mit den Behörden und
3. die Wahrung der Standesinteressen.

Um Konflikte zwischen den progressiven Lehrern bürgerlicher Provenienz und den konservativen, im Schulwesen tätigen Pfarrern zu vermeiden,

bedienten sich die Gründerväter des LVB übrigens eines schlaun Tricks: Sie ernannten die Geistlichen kurzerhand zu Ehrenmitgliedern, wodurch sie nicht in den fünfköpfigen LVB-Vorstand wählbar waren...

Mit der «Freiwilligen Gesellschaft der Lehrerwitwen- und -waisenkasse des Kantons Baselland» schuf der LVB noch in den 1840er Jahren ein erstes beachtliches Sozialinstrument. Und auch das erste Schulblatt des LVB – obwohl noch nicht im gelben Gewand – erschien bereits 1846, vermochte sich jedoch nicht lange zu halten.

Die ältesten bekannten behandelten Mitgliederbeschwerden aus dem Jahr 1846 richteten sich gegen die Unpünktlichkeit der Auszahlungen der ohnehin kargen Löhne. Die Lehrer waren damals in höchstem Masse von den jeweiligen Gemeindefunktionären abhängig und bekamen ihr Gehalt selten zur Zeit.

Der Schweizerische Lehrerverein (SLV)

Darüber hinaus forcierte der LVB seine Vision eines Schweizerischen Lehrervereins und rief 1849 «sämtliche namhaften Schulmänner und Lehrerorganisationen» zu einer Tagung nach Lenzburg. Tatsächlich leisteten 225 Lehrer aus der ganzen Schweiz der Einladung Folge, wobei die Baselbieter mit 40 Mann die grösste Delegation stellten. Sie sammelten sich in Oltingen und marschierten mit einstudiertem Wanderlied über die Schafmatt zum Tagungsort.

Ein Appenzeller Vertreter notierte beeindruckt: «Die bestorganisierten, thätigsten und thatkräftigsten Lehrer dürfte Baselland besitzen.» Wenig erstaunlich, dass ein Baselbieter Vertreter in die erste fünfköpfige Ge-

schäftsleitung des Schweizerischen Lehrervereins gewählt wurde. Inner-schweizer Lehrer übrigen fehlten in Lenzburg gänzlich – ein unmissverständlicher Ausdruck der Nachwehen des Sonderbundskrieges.

Freiwilligkeit, Unabhängigkeit, Neutralität

In der ersten Statutenrevision des LVB im Jahr 1868 wurden die bewährte Freiwilligkeit der Mitgliedschaft, die Unabhängigkeit vom Arbeitgeber und die politische Neutralität bestätigt. Auch die Mitgliedschaft im Schweizerischen Lehrerverein blieb vorderhand freiwillig. Und erstmals wurde der vormalige Männerverein für Frauen geöffnet.

Im Jahr 1870, also 25 Jahre nach der Vereinsgründung, waren 119 von 123 Baselbieter Lehrern LVB-Mitglieder, was knapp 97% entspricht. Diese Quote erreichen wir heute leider knapp nicht mehr...

Prekäre Anstellungsverhältnisse

Das zweite Vierteljahrhundert seines Bestehens wurde für den LVB zu ei-

ner Überlebensübung: Die reaktio-näre Gesinnung in Bevölkerung und Behörden belies die Lehrerschaft in höchst prekären Anstellungsverhältnissen. Nur einer von fünf Lehrern konnte von seinem Einkommen leben, alle anderen mussten allerlei Nebenerwerben nachgehen.

Der damalige LVB-Präsident schrieb 1873: «Das Volk von Baselland belohnt seine Lehrer mit schnödem Undank. Wie soll der Lehrer seine hohen Aufgaben leben und seinem Gewissen gerecht werden, wenn er, gedrückt von Nahrungssorgen, selbst seinen hungernden Kindern das Brot versagen muss!» Ein Verzweiflungsantrag aus den Reihen des LVB im Jahr 1877, wonach kein Lehrer eine Stelle mit weniger als 1200 Franken Jahres-salär antreten dürfe, wurde vom «anwesenden Erziehungsdirektor mit scharfem Veto abgeschmettert».

Solidarität

Der LVB trug wesentlich dazu bei, dass die Lehrerschaft trotz magerer Besoldung in besonders grosser Not solidarisch für Unterstützung sorgte.

Ein Beispiel: Als ein Lehrer aus Lausen «zufolge Gemütskrankheit freiwillig aus dem Leben geschieden» war und eine Witwe mit sechs Kindern zurückliess, beschloss die Kantonalversammlung, den Hinterbliebenen jährlich 130 Franken zukommen zu lassen.

Die Solidarität reichte auch über das Baselbiet hinaus: Als 1881 ein Bergsturz die Glarner Gemeinde Elm verwüstet hatte, führte die Kantonalversammlung eine Kollekte durch und schickte dem ebenfalls heimgesuchten Elmer Lehrer 150 Franken.

Das Schulzimmer als Pferch

Um die Jahrhundertwende war die soziale Lage der Baselbieter Lehrer noch immer erschreckend. Die Besoldung lag zwischen 350 und 530 Franken pro Jahr, die Altersversorgung war kaum der Rede wert. In der Not wurden die Lehrer in vielen Gemeinden zusätzlich Gemeindeschreiber, Chordirigenten oder Kirchenorganisten – und dafür ebenfalls schlecht bezahlt. Untergebracht waren sie in jämmerlichen sogenannten «Amtswohnungen», davon 94 in Schulhäu-

Heillos überfüllte Schulzimmer prägten die Realität früherer Generationen von Lehrpersonen in einem Masse, dass der LVB Ende des 19. Jahrhunderts vom Schulzimmer als «Pferch» schrieb.



© LiliGraphie – stock.adobe.com

1899 machte sich der LVB neben der Interessenvertretung von Schule und Lehrerstand sowie der Förderung der Berufstüchtigkeit auch die ökonomische Besserstellung der Lehrer durch solidarisches Handeln zum Vereinszweck.

sern, die bis spät in die Nacht auch als Vereinslokale dienten.

Hinzu kamen heillos überfüllte Schulzimmer, die die Lehrer selber reinigen mussten. In sieben Baselbieter Gemeinden gab es 0,75 und in Hemmiken sogar nur 0,45 Quadratmeter Fläche pro Schulkind. «Hier kann man nur noch von einem Pferch reden», heisst es im Bericht des LVB.

Ökonomische Besserstellung als Ziel

Es erstaunt nicht, dass sich der LVB mit einer Statutenrevision im Jahr 1899 neben der Interessenvertretung von Schule und Lehrerstand sowie der Förderung der Berufstüchtigkeit auch die ökonomische Besserstellung der Lehrer durch solidarisches Handeln zum Vereinszweck machte.

Der LVB forderte vom Staat die Anstellung von Schulabwarten und für die Lehrer eine jährliche Mindestbesoldung von 1200 Franken, festgelegt

in sogenannten Normalarbeitsverträgen, da die Erziehungsdirektion in Lohnsachen immer wieder getrickst und versprochene Lohnsummen unterschritten hatte. Nach zwei verlorene Abstimmungen in den Jahren 1907 und 1909, die beide via Gesetz bessere Lohnnormen hätten hervorbringen wollen, war der Unmut beim LVB so gross, dass erstmals von Lehrerstreiks gesprochen wurde.

Klassengrössen, Krieg, Teuerung, Gleichstellung

1911 schliesslich erhielt Baselland das erste allgemeine Schulgesetz. Der LVB hatte verschiedene Forderungen eingebracht, so etwa die Senkung der maximalen Schülerzahl pro Klasse auf 60 Kinder (ja, Sie haben richtig gehört).

Auch im Bereich der Besoldungen gab es erste Verbesserungen, aber kaum kamen die Lehrer in deren Genuss, brach der Erste Weltkrieg aus. Erst im vierten Kriegsjahr konnte sich

der Landrat dazu durchringen, den dienstpflichtigen Lehrern nicht mehr Sold und Verpflegungsanteil von ihrem Lohn abzuziehen! Als bei Kriegsende die Teuerung auf 150% gegenüber 1914 angestiegen war, wies der Landrat die Forderung des LVB nach Ausgleich von wenigstens der Hälfte der Teuerung zurück und speiste das Personal mit wenigen Brosamen ab.

Trotzdem gab der LVB nicht auf und brachte 1919 endlich ein von ihm stark geprägtes Besoldungsgesetz an der Urne durch. Wesentlich getrübt wurde dieser Erfolg jedoch dadurch, dass die vom LVB geforderte berufliche Gleichstellung von Mann und Frau im neuen Gesetz nicht Tatsache wurde.

Abspaltung der AKK

Nachdem der LVB 1916 als geschlossene Sektion dem von ihm selbst im Jahr 1849 ins Leben gerufenen Schweizerischen Lehrerverein (SLV) beigetreten war (bis dahin war dies der Frei-

© vulcanus – stock.adobe.com



1920 trennte der LVB seine Versammlungen von den vom Staat als amtlich deklarierten Kantonalkonferenzen, weil er der Überzeugung war, gerade seine standespolitischen Ziele als unabhängige Berufsorganisation erreichen zu müssen.

willigkeit der einzelnen LVB-Mitglieder überlassen geblieben), trennte er 1920 seine Versammlungen von den sogenannten Kantonalkonferenzen. Ursächlich dafür war die Position, wonach der LVB gerade seine standespolitischen Ziele als unabhängige Berufsorganisation erreichen müsse. Die Kantonalkonferenzen jedoch waren vom Staat als amtlich und dementsprechend obligatorisch deklariert, was sich mit dem Selbstverständnis des freiwilligen Lehrervereins nicht vereinbaren liess.

Seither gibt es in Baselland die vom Kanton unabhängige Organisation LVB einerseits sowie die Amtliche Kantonalkonferenz (AKK) andererseits, welche im Auftrag und Sold des Arbeitgebers gewisse Tätigkeiten ausführt. Auch hier ging der LVB in den 1920er Jahren «bauernschlau» vor, indem nämlich der dreiköpfige Vorstand der Kantonalkonferenz gleichzeitig Einsitz im LVB-Vorstand hatte, wodurch man alle Fäden in den eigenen Händen behielt. Sofern ich das aus der Ferne richtig verstanden habe, wird das in Basel-Stadt bis heute so praktiziert...

Stets für alle schulischen Themen zuständig

Ab 1921 bestand eine LVB-Hilfskasse für bedürftige Mitglieder. Ausserdem konnten LVB-Mitglieder Rechtsberatung und Rechtsschutz in Anspruch nehmen, was in den Zwischenkriegsjahren intensiv genutzt wurde.

Was heute noch gilt, galt indes auch schon damals: Der LVB spielte nie ausschliesslich die Rolle der reinen Gewerkschaft. Genau gleich hat er sich seit jeher zu pädagogischen, didaktischen und bildungspolitischen Fragen engagiert und eingebracht, ebenso zu Anforderungen in Sachen Lehrerbildung. Es zeigen sich ganz erstaunliche Parallelen zur Gegenwart: So etwa unterstützte der LVB bereits vor 100 Jahren den Erziehungsrat bei der

Festlegung der Lehrpläne und wurde von der Erziehungsdirektion in die Ausarbeitung von Schulreglementen aller Art miteinbezogen, beispielsweise hinsichtlich Entscheidungen bei der Auswahl von Lehrmitteln oder der Gestaltung des Schriftunterrichts.

Obwohl sich der LVB durch sein Engagement, seine gute Organisation und seine Tatkraft bei den Behörden und Parteien ein gutes Mass an Respekt erarbeitet hatte, stellte eine Volksabstimmung von 1926 eine bittere Enttäuschung dar: Trotz der Unterstützung fast aller Parteien lehnte das Baselbieter Stimmvolk die alte Forderung des LVB nach Rechtsgleichheit auch für Lehrer ab. Das bedeutete, dass die Baselbieter Lehrer weiterhin kein passives Wahlrecht ausüben durften, was in keinem anderen Deutschschweizer Kanton mehr der Fall war.

Wirtschaftskrise und Zweiter Weltkrieg

In den 1930er Jahren litt Baselland unter einer schweren wirtschaftlichen Krise, weshalb einmal mehr von einem Besoldungsabbau gesprochen wurde, was jedoch, auch dank dem Einsatz des LVB, verhindert werden konnte.

Während des Zweiten Weltkriegs standen teilweise zwei Drittel der Lehrkräfte im Militärdienst und die Schulräume waren monatelang durch Truppen belegt. Gleichzeitig strampelten zahllose arbeitslose Junglehrer von einer Stellvertretung zur nächsten. Gewisse Gemeinden, und nicht etwa die ärmsten, schreckten noch immer nicht davor zurück, ihren dienstpflichtigen Lehrern Sold und Verpflegung vom Lohn abzuziehen, bis die Erziehungsdirektion diese Dreistigkeit energisch abstellte.

Ab Februar 1940 gab es für alle Dienstleistenden in der Schweiz Zahlungen der Lohnausgleichskasse, was



© LiliGraphie – stock.adobe.com

die soziale Situation rasch verbesserte. Ein Jahr später folgten die Teuerungszulagen. Trotzdem musste der LVB weiterkämpfen, da die Höhe der Beträge in Baselland unter dem Vorschlag der eidgenössischen Lohnbegutachtungskommission lagen und weil der Arbeitgeber die Berechtigung von Teuerungszulagen für Pensionierte und Witwen hartnäckig bestritt. Erst ein weiteres vom LVB massgeblich mitbetriebenes Besoldungsgesetz sorgte für Besserung.

Passives Wahlrecht und AHV

1946 war es dann endlich soweit: Den Baselbieter Lehrkräften wurde das passive Wahlrecht zugesprochen. Dadurch wurde der bizarre Umstand beseitigt, dass der Binninger Sekundarlehrer Walter Schaub seit 1935 zwar den Halbkanton im Ständerat vertrat, er aber nicht in den Landrat hätte gewählt werden können. Bei den nächsten kantonalen Wahlen im Jahr 1947

1946 war es endlich soweit: Den Baselbieter Lehrkräften wurde das passive Wahlrecht zugesprochen.



Auffallend ist, wie gut in den 1940er Jahren die Baselbieter Erziehungsdirektoren und der LVB zusammengearbeitet haben. Nur so waren die Fusion der verschiedenen Versicherungskassen sowie die reibungslose Einführung der neuen AHV 1948 möglich.

wurden bereits vier Lehrer in den Landrat und einer sogar in den Regierungsrat gewählt.

Auffallend ist, wie gut in den 1940er Jahren die Baselbieter Erziehungsdirektoren und der LVB zusammengearbeitet haben. Nur so waren die Fusion der verschiedenen Versicherungskassen zur Beamtenversicherungskasse BVK sowie die reibungslose Einführung der neuen AHV 1948 möglich. Die Erziehungsdirektoren besuchten damals auch regelmässig die Vorstandssitzungen des LVB.

Kommunale Willkür

Dieser kantonale Rückhalt war für die Baselbieter Lehrkräfte dringend notwendig, da die Zustände in so mancher Gemeinde weiterhin jeder Beschreibung spotteten. So gab es in der Nachkriegszeit noch immer kommunale «Naturalkompetenzen», was bedeutete, dass ein Teil der Lehrbesoldung mit Brennholz und Pflanzland (sogenanntes «Lehrerland») entrichtet wurde. Dumm nur, wenn die Menge an Brennholz nicht ansatzweise den Bedarf deckte, das Pflanzland

des Lehrers von der Gemeinde gleichzeitig als Lagerplatz für gefällte Bäume missbraucht wurde, die Dienstwohnung vor Schimmel nur so strotzte oder wenn eine Gemeinde zwei Lehrer in dieselbe Dienstwohnung steckte, um die andere Wohnung vermieten zu können – alles dokumentiert in den LVB-Archiven.

Selbst nach der endgültigen Ablösung der Naturalien durch Geldentschädigungen wurde in manchen Gemeinden weiter zu Ungunsten der Lehrkräfte getrickst. Erst der Ende der 1950er Jahre einsetzende Lehrermangel zwang auch die verstocktesten Gemeinden dazu, ihre Dienstwohnungen zu sanieren und auf einen menschenwürdigen Standard zu hieven.

Mythos und Realität

Wie so vieles andere ist auch der Lehrberuf von einigen Mythen umrankt, wovon einer besagt, früher seien die Lehrer, im Unterschied zur Gegenwart, in der gesamten Bevölkerung noch als Respektspersonen anerkannt gewesen. Eine Baselbieter Aus-

einandersetzung von 1949 zeichnet ein ganz anderes Bild: Ein Reallehrer war von einem verärgerten Vater eines Schülers im Lehrerzimmer handgreiflich verletzt worden. Als der Rektor zu Hilfe eilen wollte, streckte ihn der Wüterich mit einer zufällig auf dem Tisch stehenden Versteinerung nieder. Aber obschon die nachfolgende Gerichtsverhandlung «weder auf Schule noch Kläger den leisesten Vorwurf fallen liess», spendete die Bevölkerung des Realschulkreises nicht nur Geld für die Busse des Schlägers, sondern wählte ihn wenig später auch noch in den Landrat.

Auf der anderen Seite bestärkten solche Vorkommnisse innerhalb der Lehrerschaft den Sinn für Solidarität und Geschlossenheit. Am 14. November 1953 durfte der LVB stolz feststellen, dass «alle in Baselland amtierenden Lehrkräfte» dem LVB angehörten. Beindruckend.

Kalter Krieg in den Schulen

Die Nachkriegszeit brachte auf der einen Seite internationale Zusammenarbeit und Kontakte, beispielswei-

Aus heutiger Sicht unglaublich, aber trotzdem noch gar nicht so lange her: Ab 1960 liess der Kanton Baselland verheiratete Lehrerinnen nicht mehr fest anstellen.

se in Gestalt einer Holland- und Luxemburg-Hilfe für kriegsgeschädigte Lehrkräfte, auf der anderen Seite aber auch einschneidende Zerwürfnisse als Ausdruck des Kalten Krieges. Ein Siedepunkt wurde erreicht, als nach dem Ungarn-Aufstand 1956 ein Lehrer seine Schüler zu «handfestem Handeln gegen Russlandhörige» angestachelt hatte, was zu jahrelangen Streitereien mit der Schulpflege führte.

In derart aufgeheizten Fällen das Mitglied angemessen zu schützen, aber gleichzeitig auf vernünftige Lösungen hinzuarbeiten, war für den LVB oft eine undankbare Rolle. In Protokollen stösst man auf Formulierungen wie «nimmt keine Ratschläge an» oder «lehnte jede Hilfe ab». Ein damaliger Schulinspektor hielt lakonisch fest: «Starrköpfe und Querulanten gehören nun einmal zur Lehrerschaft; sie bringen Leben in die Bude.» Ich verzichte hierzu auf einen Kommentar.

Gymnasien, Lehrerseminar und die Stellung der Lehrerinnen

In den 1950er und 1960er Jahren jagte eine Schulgesetz- und Besoldungsrevision die andere. 1957 hiess die Bevölkerung noch einmal eine Verbesserung der Besoldung gut. Ausserdem war viel Mitarbeit bei verschiedenen Neuerungen nötig: Die Gymnasien kamen, zuerst 1963 in Liestal und 1964 in Münchenstein. Nach der Aufkündigung des Schulabkommens durch Basel-Stadt im Jahr 1964 mussten rasch Progymnasiale Abteilungen in die damaligen Realschulen integriert werden. Ab 1966 bestand das Lehrerseminar in Liestal. 1967 wurden die Besoldungskompetenzen für die Lehrkräfte endlich dem Landrat übertragen, wofür sich der LVB schon lange stark gemacht hatte.

Und wie war das eigentlich damals mit dem weiblichen Geschlecht, das heute ja insbesondere die Primarstufe grösstenteils dominiert? 1953 waren die Arbeits- und Hauswirtschaftsleh-

rerinnen geschlossen dem LVB beigetreten. Davor hatte es bereits diverse Primar- und Reallehrerinnen unter dem Dach des LVB gegeben. Die gesellschaftliche «Haus-und-Herd-Mentalität» den Frauen gegenüber war trotzdem stark spürbar und immer wieder ein politischer Zankapfel.

Aus heutiger Sicht unglaublich, aber trotzdem noch gar nicht so lange her: Ab 1960 liess der Kanton Baselland verheiratete Lehrerinnen nicht mehr fest anstellen. Selbst in den LVB-Führungsgremien waren verschiedene Lager auszumachen; bei weitem nicht jeder Exponent unterstützte den Kurs des LVB, 1964 mit Vehemenz die Lohngleichheit von Lehrerinnen und Lehrern einzufordern und sich für bessere Anstellungsbedingungen der Kindergartenlehrerinnen in die Brust zu werfen.

Reformpädagogik statt Standespolitik

Nicht nur bei Fragen der Gleichstel-

Verschiedene Gesetzes- und Besoldungsrevisionen in den 1950er und 1960er Jahren, teilweise durch Volksentscheide herbeigeführt, verbesserten die Anstellungsbedingungen der Baselbieter Lehrkräfte.



© bizoo_n – stock.adobe.com

lung, sondern auch in Bezug auf reformpädagogische Strömungen in den 1960er Jahren zeigte sich, was sich auch heute immer wieder bewährt: Die Vorstellung einer homogenen Lehrerschaft ist eine Chimäre. Unser Berufsstand zeigt sich bei den meisten Themen genau gleich pluralistisch wie die Gesamtgesellschaft.

Die gewerkschaftlichen Erfolge des LVB führten dazu, dass zu Beginn der 1970er Jahre die hiesige Lehrerschaft erstmals in ihrer Geschichte ihrer Berufstätigkeit ohne existenziellen Druck zu akzeptablen Besoldungs- und Anstellungsbedingungen nachgehen konnte. Die Kehrseite der Medaille jedoch war, dass viele Lehrkräfte sich berufspolitisch nicht länger gross interessierten und engagierten. An der Jahresversammlung von 1970 fanden sich gerade noch 40 von 1400 Mitgliedern ein. Standespolitik war nicht mehr «en vogue», stattdessen richteten viele Lehrkräfte ihren Fokus im Zuge der 68er-Bewegung auf neue pädagogische Ideen und Ideale aus – mit teils heftigen Konflikten

innerhalb des Berufsstandes als Folge davon.

Neue Vereinsstruktur, Lehrermangel und -überfluss

So musste sich der LVB 1979 neu erfinden: Die Delegiertenversammlung ersetzte die Jahresversammlung. Die Mitgliederbasis der Volksschule wurde nach dem Vorbild der politischen Wahlkreise in Regionalsektionen organisiert. Und mit den damaligen Verbänden der Gymnasial-, Handelsschul-, Hauswirtschafts-, Handarbeits- und Berufsschullehrkräfte wurden Assoziationsverträge abgeschlossen, um eine geregelte Zusammenarbeit zu implementieren.

Die frühen 1970er Jahre stellten aber auch einen unrühmlichen Tiefpunkt in Sachen Lehrermangel dar: Das Schuljahr 1971/72 begann mit 75 Verweserinnen und Verwesern allein auf der Primarstufe, 18 Stellen blieben sogar vakant. Auch an den damaligen Realschulen konnten 35 Stellen nicht ordnungsgemäss besetzt werden. Die Lage drehte sich jedoch innerhalb weniger Jahre markant: Schon 1976

sprach man von einer Stellenknappheit, 87 Absolventen des Lehrerseminars fanden keine Stelle, sodass die Zahl der künftigen Seminaristen erstmals limitiert wurde. Von solchen Zuständen sind wir aktuell doch sehr weit entfernt.

Harte Bandagen und die Macht der Publikation

In den 1980er Jahren verschärfte sich die Tonalität zwischen LVB und Erziehungsdirektion zunehmend. Das gegenseitige Verständnis sank, wahrscheinlich zu beidseitigem Schaden. Kein Vergleich mehr zu den zuvor erwähnten 1940 Jahren, als LVB und Erziehungsdirektion oft Hand in Hand gearbeitet hatten.

Speziell erwähnenswert ist die Thematik «Arbeitszeitverkürzung», welche ab 1985 vier Jahre lang den kantonalen Polit- und Schulbetrieb auf Trab hielt. Im Kontext dieses politischen Ringens erkannte der LVB die Macht der Publikation. Seit 1856 war die Schweizerische Lehrerzeitung (SLZ) auch das Publikationsorgan des LVB gewesen. Weil der LVB mit dem



In den 1980er Jahren verschärfte sich die Tonalität zwischen LVB und Erziehungsdirektion zunehmend. Das gegenseitige Verständnis sank, wahrscheinlich zu beidseitigem Schaden.

– wie man es heute nennen würde – kantonalen «Projektmanagement» der Causa «Arbeitszeitverkürzung» überhaupt nicht einverstanden war, wurde die SLZ zu einem landesweiten, scharfen Megafon der Baselbieter Ständesvertreter. Die Resonanz war gewaltig, der Furor der Baselbieter Erziehungsdirektion ebenso.

Das Gelbe Heft

Der LVB erkannte, dass die SLZ den gestiegenen Ansprüchen an rasche, verbandseigene publizistische Information in hoher Kadenz nicht mehr genügen konnte. Als es betreffend Arbeitszeitverkürzung um die Wurst ging, begann der LVB damit, seine Mitglieder über direkten Briefversand zu informieren und zur Teilnahme an Kundgebungen aufzurufen. Das Informationskonzept von 1988 mit viermal jährlich versandten Info-Blättern und 3000 Franken Budget war nur ein Zwischenschritt hin zur Verbandszeitschrift *lvb.inform*, die ab 1993 regelmässig erschien – in gelber Farbe selbstverständlich und seit mittlerweile geraumer Zeit auch online. Die frühen 1990er Jahre waren es auch, in denen der LVB von Telefon und Fax auf Internet und E-Mail umgestellt wurde.

Bis heute ist das *lvb.inform* im Vergleich mit anderen Lehrpersonenblättern in Layout, Inhalt und Beachtung einmalig und unverkennbar. Immer wieder erreichen uns Reaktionen auf Artikel aus verschiedenen Kantonen, ja selbst aus Deutschland und Österreich. Während sich in anderen Kantonen die Lehrpersonenverbände oft an den jeweiligen amtlichen Schulblättern beteiligen, verantwortet die LVB-Geschäftsleitung ihr Organ redaktionell vollkommen unabhängig. Und das ist absolut beabsichtigt.

Die Kampfkasse

Was die Auseinandersetzung um die

Arbeitszeitverkürzung in den 1980er Jahren den LVB gelehrt hatte, war Folgendes: Die Lehrerschaft kann sich gegen unliebsame politische Vorhaben erfolgreich zur Wehr setzen, wenn ihre Vertreter aufmerksam sind und der Berufsstand geschlossen auftritt.

Am Ende des vierjährigen Spektakels jedenfalls stand eine vom Landrat gebilligte Pflichtstundensenkung mit nachfolgendem Sieg an der Urne im Verhältnis 70:30 gegen eine Initiative, welche besagte Senkung annullieren lassen wollte. Zusammen mit assoziierten Verbänden hatte der LVB über 60'000 Franken in den Abstimmungskampf investiert. Kein Wunder also, ist bis heute statutarisch festgelegt, dass der LVB eine sogenannte «Kampfkasse» im Umfang von mindestens 100'000 Franken führen muss. Wer sich mit dem LVB anlegt, muss daher wissen, dass dieser Mittel und Wege hat, um sich zu wehren.

Gründung des LCH und LVB-Reform

Den Grundsatz des geschlossenen Auftretens des Berufsstandes verfolgte der LVB auch, indem er die Bestrebungen, den tagsatzungs-ähnlichen Schweizerischen Lehrerverein SLV in einen modernen schweizerischen Dachverband zu transformieren, mit Nachdruck unterstützte. Umso folgerichtiger, dass der damalige LVB-Vizepräsident Beat W. Zemp 1989 zum LCH-Gründungspräsidenten wurde – und sage und schreibe 30 Jahre lang im Amt bleiben sollte..

Und auch der LVB erneuerte sich einmal mehr: Im Rahmen der Strukturreform von 1991 wurde vom Modell «Präsident plus teilzeitlich angestellter LVB-Sekretär» auf eine fünfköpfige Geschäftsleitung im Milizbetrieb umgestellt. Die Idee eines professionellen Vollzeit-Sekretariats, wie es



etwa Verbände aus grossen Kantonen kennen, wurde verworfen. Durch das Milizsystem sind alle Amtsträgerinnen und Amtsträger im LVB Lehrerinnen und Lehrer, die weiterhin auch unterrichten. Die Gefahr einer Entfremdung vom Berufsalltag kann daher gar nie aufkeimen.

Gleichzeitig wurden die bestehenden Assoziationsverträge mit den Verbänden der Gymnasial-, Berufsschul-, Handels-, Arbeits- und Hauswirtschaftslehrpersonen durch den neu geschaffenen Status von «Verbandssektionen» unter dem Dach von LVB und LCH abgelöst. Die persönliche LCH-Mitgliedschaft kann ausschliesslich mit der Zugehörigkeit zum LVB erworben werden. Die LVB-Verbandssektionen der Gymnasial-, Berufsschul- und Handelsschullehrpersonen gibt es heute noch, hinzugekommen sind ausserdem jene der Sport- und

Der LVB unterstützte die Transformation des SLV in einen modernen nationalen Dachverband LCH. Der damalige LVB-Vizepräsident Beat W. Zemp wurde 1989 LCH-Gründungspräsident.



© EUDPic – stock.adobe.com

Das politische Ringen um eine Arbeitszeitverkürzung hielt ab 1985 den kantonalen Polit- und Schulbetrieb ganze vier Jahre lang auf Trab. Gerade in diesem Kontext erkannte der LVB die Wichtigkeit eines eigenen Publikationsorgans und einer gut gefüllten Kampfkasse für Abstimmungskämpfe.

Musikschullehrpersonen sowie der Lehrkräfte der Speziellen Förderung.

Eklat zwischen Erziehungsdirektor und LVB

Auch in den 1990er Jahren war der Umgangston in der Baselbieter Bildungs- und Personalpolitik nicht weniger rau. Unmittelbar nach erfolgreichem Festakt anlässlich des 150-jährigen Bestehens des LVB im Herbst 1995 eskalierte eine Auseinandersetzung um die sogenannte Gemeindeinitiative. Diese wollte, neben anderen Neuregelungen zwischen Kanton und Gemeinden, die Volksschule in Sachen Anstellung und Lohn schrittweise in die Hoheit der einzelnen Gemeinden überführen. Dies hätte die Lehrerschaft zerrissen und eine Rückkehr zum längst überwunden geglaubten Ortszulagen-System bedeutet. Zum Entsetzen und Erstaunen des LVB befürwortete der damalige Erziehungsdirektor Peter Schmid dieses Vorhaben.

Es kam, wie es kommen musste: Der LVB stürzte sich mit ganzer Energie in die Ausmarchung, sammelte Unterschriften und aktivierte seine berüch-

tigte Kampfkasse für 1000 Plakatständer. Dies führte zu einem Eklat sondergleichen: Eine Woche vor der LVB-Delegiertenversammlung propagierte Erziehungsdirektor Schmid öffentlich die Nichtwahl des damaligen LVB-Präsidenten und heutigen LVB-Ehrenpräsidenten Max A. Müller. Daraus resultierten Müllers glänzende Wiederwahl und eine grosse Welle von LVB-Beitritten. Zur Abstimmung kam es schliesslich nicht, weil im Folgejahr eine Landratsmehrheit das Projekt kurzerhand versenkte.

Das Tischtuch zwischen Erziehungsdirektion und LVB blieb nach diesem Konflikt weitgehend zerschnitten. Als ich selbst 2001 in Baselland in den Schuldienst eintrat, wurde mir schon in der zweiten Woche im Lehrerzimmer von älteren Kollegen eingeschärft, dass man beim LVB Mitglied zu sein habe, wenn man hier arbeite, weil allein der LVB über genügend Schlagkraft und Möglichkeiten verfüge, um selbst dem Regierungsrat die Stirne zu bieten, wenn es nötig sei.

New Public Management

Das Bildungsgesetz von 2002 brach-

te im Geiste des New Public Managements eine neue Hierarchisierung in den Baselbieter Schulbetrieb: Schulleitungen standen nun teilautonom geleiteten Schulen vor. Aus Kolleginnen und Kollegen mit Primus-inter- pares-Funktion wurden Vorgesetzte mit allerlei Weisungsbefugnissen. Das warf neue Fragen auf: Wie stand es um das Selbstverständnis der einzelnen Schulleitungen? Verstanden sie sich trotzdem weiterhin zumindest partiell als Teil des Kollegiums oder nurmehr als ausführender Arm der Verwaltung?

2003 übergab Erziehungsdirektor Peter Schmid das Zepter an seinen Parteikollegen Urs Wüthrich. Das Verhältnis zwischen LVB und BKSD blieb schwierig. Obwohl Wüthrich gewerkschaftliche Wurzeln im VPOD hatte, stimmte die Chemie zwischen ihm und der LVB-Führung kaum je, was in so manchem Lehrerzimmer ein offenes Geheimnis war.

Berufsauftrag und Erfolg an der Urne

Im Jahr 2005 wurde der Berufsauftrag für Lehrpersonen inklusive einfacher

Zwischen 2003 und 2015 wurden nicht weniger als drei Sparpakete geschnürt, die allesamt natürlich auch die Schulen betrafen und trafen.

Agendaführung für die Arbeiten ausserhalb des Kerngeschäfts Unterricht eingeführt. Seit mehreren Jahren arbeiten wir nun an der Revision dieses Berufsauftrags. Es ist ein komplexes und zähes Geschäft.

2008 brachte einen weiteren wichtigen Erfolg für den LVB und die Basellbieter Lehrerschaft an der Urne. Ohne die gegen die Initiative «Bildungsvielfalt für alle» mobilisierte LVB-Kampfkasse wäre ein Nein mit fast 80% unmöglich gewesen. Im Falle einer Annahme der Vorlage wären Privatschulen den öffentlichen Schulen finanziell gleichgestellt worden, was massiven Druck auf die Anstellungsbedingungen ausgelöst hätte. Das überdeutliche Verdikt aus Baselland hallte in weiteren Kantonen nach, wo ähnliche Vorlagen in der Folge ebenfalls klar scheiterten.

Reform-Karussell auf Hochtouren

In den 2010er Jahren nahm das bildungspolitische Reform-Karussell Fahrt auf wie nie zuvor. Innert kurzer Frist wurden die Grossprojekte Konkordat Sonderpädagogik, HarmoS, Lehrplan 21 und Frühfremdsprachen aufgegleist. Die damalige LVB-Geschäftsleitung zeigte sich skeptisch, gab sich mit positiv besetzten Schlagwörtern allein nicht zufrieden und stellte den versprochenen Mehrwert der geplanten Manöver mit massiver Kostenfolge in Frage. Dies führte nicht nur zu weiteren Spannungen mit der Bildungsdirektion, sondern auch zu emotionalen Verwerfungen innerhalb der LVB-Basis.

Das Narrativ, wonach sich der LVB gefälligst auf seine gewerkschaftlichen Aufgaben konzentrieren und zur Bildungspolitik tunlichst schweigen sollte, wurde gerade in jener Zeit sehr gezielt von Kräften befeuert, denen die kritischen Analysen und das hartnäckige Hinterfragen des LVB lästig

waren. In Wahrheit hat es eine solche Beschränkung der Aufgaben im LVB nie gegeben, wie uns der Blick in die vergangenen 175 Jahre eindrücklich zeigt. In Paragraph 2 der LVB-Statuten wird die Mitwirkung in bildungspolitischen Angelegenheiten genauso als Vereinszweck definiert wie die Interessenvertretung und Unterstützung der Mitglieder in personalrechtlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Belangen. Der LVB war und ist Gewerkschaft und Berufsverband in einem.

Frostiges Klima und Spardruck

Ich trat 2011 also in einem wenig zuträglichen Klima in die LVB-Geschäftsleitung ein. Gespräche zwischen LVB und BKSD fanden in einer frostigen Atmosphäre statt, die mich eher an Szenen aus Spionagefilmen erinnerte, wo Angehörige der beiden Supermächte während des Kalten Krieges über den Austausch von Geiseln verhandeln. Das Gelbe Heft war in Liesetal ein rotes Tuch, der Dialog eine Pflichtaufgabe ohne gegenseitiges Vertrauen. So war ein erspriessliches Zusammenwirken unmöglich.

Neben bildungspolitischen Kontroversen war der Beginn des 21. Jahrhunderts im Basellbieter Bildungswesen vom Spardruck geprägt. Zwischen 2003 und 2015 wurden nicht weniger als drei Sparpakete geschnürt, die allesamt natürlich auch die Schulen betrafen und trafen. Nicht nur, aber auch durch die Streitereien über die Zuständigkeiten für die Sekundarschulbauten wurde die schulische Infrastruktur vielerorts lange Jahre vernachlässigt. Der LVB bespielte die gesamte Klaviatur der Arbeitnehmervertretung: von Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude über eine denkwürdige Protestveranstaltung aller Personalverbände in der Mittenza im November 2017 bis hin zur Lancierung zweier eigener Initiativen.

Erfolge und bittere Pillen

Trotz grosser Herausforderungen gab es auch in jenen Jahren immer wieder Erfolgserlebnisse: So konnten 2016 für die Kindergartenlehrpersonen sowie die Sek II-Lehrpersonen für Sport und Bildnerisches Gestalten höhere Lohnklassen erreicht werden. Und in Zusammenarbeit mit den anderen Personalverbänden wurde 2017 die Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» der Liga der Steuerzahler an der Urne versenkt.

Auch um die Zukunft der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) wurde heftigst gerungen. Dank guter Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion konnte 2013 nach einem höchst intensiven Abstimmungskampf die Ausfinanzierung der BLPK mit einem Ja-Anteil von 51.8% an der Urne abgesegnet werden. Und ein halbes Jahr später stimmten über 70% dem Gegenvorschlag der Regierung zu, wonach der Kanton die Gemeinden bei ebendieser Ausfinanzierung finanziell unterstützen sollte.

Schlechter ging es für den LVB im Mai 2018 hinsichtlich der Änderung des Pensionskassendekrets aus: Mit 44:43 Stimmen lehnte der Landrat die vom LVB geforderten Abfederungsmassnahmen knappstmöglich ab. Dies hatte eine von der Delegiertenversammlung beschlossene Urabstimmung über Kampfmassnahmen zur Folge, die von einer Mehrheit der Teilnehmenden bejaht wurde und nur am statutarischen Quorum von 80% der Aktivmitglieder scheiterte.

Neue Personen, neue Chancen

2014 wurde ich zum LVB-Präsidenten gewählt. Ein Jahr später wurde Monica Gschwind neue Bildungsdirektorin. Uns war klar, dass dies die Chance auf einen Neubeginn sein würde. Schon wenige Tage nach ihrer Wahl nahmen wir erstmals Kontakt auf, ein

erstes Gespräch im Restaurant Falken in Liestal fand noch vor ihrer Amtsübernahme statt.

In den letzten sechs Jahren konnten wir zu einem intensiven, ehrlichen und vertrauensvollen Zusammenwirken finden. Das bedeutet nicht, dass wir uns immer einig sein müssen. Aber die Basis der Zusammenarbeit stimmt – und zeitigt Erfolge: Ein echter Meilenstein war die Einführung der geleiteten Lehrmittelfreiheit per Schuljahr 2020/21, welche ursprünglich vom LVB der Bildungsdirektorin vorgeschlagen worden war. In Sachen Lehrpläne und Stundentafeln konn-

ten wir gemeinsam ebenfalls schon viel Positives erreichen. Dass wir im Zuge der Corona-Pandemie auch die erstmalige Schliessung aller Schulen im März 2020 an vorderster Front miterlebt haben, haben wir uns zwar nicht gewünscht, vergessen aber werden wir es mit Sicherheit nie.

Mittendrin statt nur dabei

Aus meiner Sicht ist der LVB heute wieder dort, wo er hingehört: nämlich mittendrin im Baslerbieter Bildungswesen. Wir arbeiten mit allen relevanten Akteuren und Organisationen zusammen, suchen Schnittmen- gen und koordinieren dort, wo es

angezeigt ist. Die BKSD bezieht den LVB frühzeitig in Projekte und Planungen ein und legt Wert auf unsere Einschätzungen, sodass uns nicht mehr der Part desjenigen aufgezwungen wird, der sich nur noch vor einen längst fahrenden Zug werfen kann, wenn er sich einbringen will. So muss es sein!

Mit einem kräftigen «Mehr denn je – LVB!» erhebe ich mein Glas auf eindruckliche 175 Jahre Geschichte unseres Vereins und danke Ihnen allen ganz herzlich für Ihr Dabeisein und Ihre Aufmerksamkeit.



In den letzten Jahren haben LVB und BKSD wieder zu einer intensiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit gefunden. Der LVB wird frühzeitig in alle Projekte und Planungen einbezogen. So muss es sein!